

# Partizipation

Christian Swertz, Alessandro Barberi - Universität Wien

*September 2010*

## Abstract

Im Beitrag wird Partizipation formal definiert. Anschließend werden medienpädagogische Bestimmungen des Partizipationsbegriffs vorgestellt.

*Keywords: Partizipation, Medienpädagogik*

## 1 Begriff

Partizipation bezeichnet in der Medienpädagogik Verständigungsprozesse zwischen einem Subjekt und einer Gemeinschaft, in denen Medien zur Förderung der aktiven Beteiligung des Subjekts an der Gemeinschaft verwendet werden. Die aktive Beteiligung wird als Ziel der **Medienerziehung** oder Aufgabe der **Medienbildung** gedacht. Als Ziel medienpädagogischen Handelns wird die aktive Beteiligung entweder mit einem Gerechtigkeits- oder einem Freiheitsbegriff begründet, oder Partizipation wird selbst, meist mit Verweis auf die medientheoretisch begründeten Potenziale eines Mediums, als Ziel gesetzt. Durch das Ziel bekommt der Verständigungsprozess eine Richtung: Weg von der problematischen Nichtpartizipation und hin zur Partizipation als Problemlösung. Wenn auf Gerechtigkeit verwiesen wird, wird durch geringe Partizipation entstehende Ungerechtigkeit als Problem und Gerechtigkeit durch Partizipation als Lösung verstanden. Mit der Gerechtigkeit wird ein positiv bestimmter Wert, und nicht die Vermeidung eines negativen Wertes, als pädagogisches Ziel gesetzt. Wenn auf Freiheit verwiesen wird, wird Unfreiheit als Problem und Freiheit als Lösung verstanden; an-

ders als Gerechtigkeit wird Freiheit aber nicht als herstellbar gedacht, sondern als etwas, das **Subjekte** [→ Identität] selbst hervorbringen müssen. Partizipation wird so zu einer Bildungsaufgabe. Partizipation als Ziel der Medienerziehung oder Aufgabe der Medienbildung meint eine aktive Handlung eines Subjekts. Insofern weist der Partizipationsbegriff Bezüge zur **handlungsorientierten Medienpädagogik** auf.

Nicht Gegenstand des Partizipationsbegriffs ist die Verständigung des Subjekts mit sich selbst sowie die nicht normativ gedachte Verständigung von Subjekten mit Gemeinschaften. Für beides wird in der Medienpädagogik der Begriff der **Medienbildung**, für letzteres auch der Begriff der **Mediensozialisation** verwendet. Ebenfalls kaum Gegenstand des Partizipationsbegriffs ist die Veränderung der Gemeinschaft. Die jeweilige Gemeinschaft wird meist als gegeben vorausgesetzt. Insofern wird der Partizipationsbegriff oft konservativ verwendet.

Das gilt auch für den häufig referierten Begriff der partizipativen Kultur von Jenkins et al. (2006), die im Blick auf Lernprozesse den Austausch kreativer Erzeugnisse mittels digitaler Medien in einer gegebenen digitalen Kultur und im Blick auf den Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt rücken. Ausgangspunkt ist dabei die Nutzung von Internetcomputern, die als mediale Kulturräume verstanden werden. Partizipation wird von Jenkins et al. also mit Verweis auf die Potenziale des Mediums als Norm gesetzt. Für die partizipative Nutzung von Internetcomputern sind nach Jenkins et al. neue **Medienkompetenzen** (Media Literacy Skills) erforderlich, die gelernt werden müssen.

Veränderungen der Gemeinschaft werden in der Medienpädagogik mit dem Begriff der Emanzipation, der meist im Rückgriff auf Habermas (2013) verwendet wird und die Selbstbefreiung aus entmündigenden und entfremdenden Gemeinschaften bezeichnet, und dem Begriff der Kreativität im Sinne der Gestaltung nicht entmündigender und nicht entfremdender Gemeinschaften durch Subjekte bezeichnet. Dieser Ansatz ist auf einen Freiheitsbe-

griff, der wieder mit einem Identitätsbegriff verbunden wird, bezogen und wird mit dem Begriff der deliberativen Demokratie verbunden. Für eine so gedachte Beteiligung an einer deliberativen Demokratie sind **Medienkompetenzen** erforderlich, die gelernt werden müssen, mit denen die Entwicklung einer freien Identität allerdings nur angeregt, nicht aber hergestellt werden kann.

Auf den in anderen Kontexten ebenfalls diskutierten Begriff des zivilen Ungehorsams, den Rawls (1971) im Rahmen seiner Gerechtigkeitstheorie entwickelt, wird in der Medienpädagogik bisher ebenso wenig Bezug genommen wie auf die für die unter anderem in Deutschland praktizierte plebiszitäre Demokratie relevante identitäre Demokratietheorie.

Die Setzung der Beteiligungsnorm kann dabei durch ein Subjekt, die Gemeinschaft oder wissenschaftlich erfolgen. So wollen sich z.B. manche BürgerInnen mittels BürgerInnenanträgen an politischen Entscheidungen partizipieren. Wenn die Europäische Kommission will, dass die BürgerInnen sich an der Arbeitsmarktkonkurrenz partizipieren, erfolgt die Setzung der Beteiligungsnorm durch den Staat, also die Gemeinschaft. Wenn Partizipation wissenschaftlich mit einem Bildungsbegriff begründet wird, liegt eine wissenschaftliche Begründung vor und die Setzung erfolgt durch WissenschaftlerInnen. In der Medienpädagogik wird die Norm meist wissenschaftlich, mitunter aber auch im Rückgriff auf politische Setzungen begründet.

## **2 Medienpädagogische Ansätze**

Für die Steigerung der Partizipation werden in der Medienpädagogik Vorschläge für die Gestaltung von Strukturen, die Beteiligung ermöglichen und insofern zur Beteiligung auffordern, und Vorschläge zur Vermittlung der Fähigkeit zur Beteiligung gemacht. Dabei stehen Medien als Mittel der Verständigung im Mittelpunkt. Medien werden dabei als technische und soziale

Strukturen verstanden, die zu gestalten sind. Die Gestaltung bezieht sich allerdings meistens auf die sozialen Strukturen.

Ausgangspunkt medienpädagogischer Partizipationstheorien ist dann meist eine als Diskontinuitätsthese formulierte Medienwirkungsthese: Durch die empirische Beobachtung der neuerdings breiten Nutzung eines bisher nicht breit genutzten Mediums wird eine Veränderung von Verständigungsprozessen festgestellt (z.B.: Mayrberger/Moser 2011, Biermann et al. 2012), für die dann im Rückgriff auf die Beteiligungsnorm eine Gerechtigkeit oder Freiheit berücksichtigende Gestaltung gefordert wird. Ein fiktives Beispiel ist folgende Argumentation: 'Das Internet wurde weit verbreitet. Mädchen nutzen das Internet weniger als Jungen. Sie werden ausgeschlossen. Das ist ungerecht. Also müssen Maßnahmen zur Förderung der Partizipation von Mädchen an neuen Medien gesetzt werden.' Der Partizipationsbegriff wird so an jeweils aktuelle Medienkulturen gebunden. Mit dem Partizipationsbegriff wird dann die Nutzung des jeweiligen Mediums auch gegen den Willen der Subjekte legitimiert – es interessiert nicht immer, ob die Subjekte überhaupt partizipieren wollen.

Im Blick auf Schule als Institution haben Baacke und Brücher (1982: 53) mit der Differenz zwischen institutionellen (Schulgesetze), interaktionellen (konkrete Verständigung) und individuell-biografische Kontexten im Blick auf die Teilhabe an Kommunikationsprozessen Partizipation an faktische Inhalte und materiale Beteiligungsmöglichkeiten gebunden. Damit wird eine Partizipationskompetenz begründet, die von Baacke wie der Medienkompetenzbegriff an den Begriff der kommunikativen Kompetenz von Habermas gebunden wird. Der Begriff der Partizipationskompetenz wird von Baacke mit dem Begriff der Medienkompetenz verbunden und so der Begriff der Medienkompetenz durch den Begriff der Partizipationskompetenz als „ein Gestaltungsziel auf überindividueller, eher gesellschaftlicher Ebene“ (Baacke 1999) ausgewiesen. Hier steht ein Verständnis von Partizipation im Mittelpunkt, nach dem in der Schule als Institution den SchülerInnen das Recht zur Beteiligung an institutionellen Entscheidungen durch die

Schaffung entsprechender Strukturen zuerkannt wird (ebd.). Baacke verbindet den Medienkompetenzbegriff an anderer Stelle auch mit dem Emanzipations- und Kreativitätsbegriff, allerdings ohne die Differenzen zwischen Partizipation und Emanzipation zu diskutieren.

Mayrberger (2011, 2014) schlägt eine partizipatorische Mediendidaktik vor, die darauf abzielt, die strukturellen Bedingungen des Lehrens und Lernens als Partizipationsraum im Interesse einer Aufforderung der Lernenden zur Partizipation zu gestalten. Lehrende und Lernende sollen angeregt werden, Beziehung, Medien, Ziele und Methoden partizipativ gemeinsam zu gestalten, ohne dass es zu einer verordneten Partizipation kommt.

Im Blick auf Unterricht wird die Partizipation am Unterricht im tertiären Bereich von Grell und Rau (2011) thematisiert. Für Web 2.0-Medien steht dabei das „Phänomen ausbleibender studentischer Partizipation“ (ebd.: 1) im Mittelpunkt. Schaumburg rückt das Potential des Web 2.0 für die „Mitgestaltung politischer Inhalte und Prozesse und bzw. zur Partizipation“ (Schaumburg 2011, S. 1) in den Mittelpunkt und begründet damit mediendidaktisch die Verwendung von Internetcomputern in der Fachdidaktik der politischen Erwachsenenbildung durch parteinahe Stiftungen in Deutschland. Damit rückt in beiden Fällen die Beteiligung der Lernenden aus Sicht der Lehrenden am bestehenden Unterricht in den Mittelpunkt. Lernende sollen am Unterricht partizipieren. Das soll auch durch eine geeignete mediale Infrastruktur erreicht werden.

Für den Bereich der Unterrichtsmittel werden offene Bildungsressourcen (Open Educational Resources – OER) als eine Form der Ermöglichung von Partizipation diskutiert. Durch geeignete Infrastrukturen und mediendidaktische Formate, wie sie etwa am Beispiel von MOOCs diskutiert werden, soll die Beteiligung an Bildungsprozessen gesteigert werden, eine Partizipation, die allerdings durchaus auch ideologische Züge zeigt (Deimann 2012). Dabei wird auch die Produktion von Unterrichtsmitteln durch die Lernenden berücksichtigt. Als Beispiel für die Produktion von Inhalten durch die Ler-

nenden wird dabei die Computerspielkultur herangezogen, die sich allerdings mitunter durch eine enge Verflechtung von kommerziellen und partizipatorischen Tendenzen auszeichnet (Beil 2012).

Im Blick auf die Politik wird das Internet als ein Raum, in dem Menschen sich frei assoziieren und so eine Gegenmacht nicht zuletzt zu Nationalstaaten entwickeln können, diskutiert. Das politische Potenzial dieser oft an ökonomischen Interessen orientierten Struktur hat sich jedoch als gering erwiesen, weswegen Digital Citizenship ohne bewahrpädagogischen Gestus gefördert werden sollte (Moser 2011). Der Zugang zu politischer Kommunikation wird jedoch auch als niederschwellig gesehen, so dass es einfacher ist, praktische politische Beteiligung in medienpädagogischen Projekten zu realisieren und dabei zugleich die mit dem Internet verbundenen Veränderungen der politischen Kultur zu erfahren (Geser 2012). Auch für eine unabhängig von Projekten stattfindende Beteiligung wird eine Partizipation am politischen Diskurs durch eine Nutzung des freien Zugangs zum Diskurs als erforderlich gesehen (Biermann et al. 2014: 8). Als ein Problem wird dabei die automatische Filterung von Meinungen durch Algorithmen gesehen, die einen offenen, viele Meinungen berücksichtigenden Diskurs verhindern kann (Dörre/Bukom 2014).

Nach Swertz (2014) bezeichnet Partizipation im Sinne einer partizipativen Medienkompetenz die Aufforderung an Menschen so zu tun, als ob sie mit Medien autonom handeln könnten. Das schließt die Fähigkeit zum Marktaustritt in der Absicht der Gestaltung solidarisch-ökonomischer Gemeinschaften oder die Aufforderung zur Gestaltung realistischer Utopien ein.

Von Hölterhoff und Schiefner-Rohs (2014) wird Partizipation im Sinne von partizipativen Bildungsprozessen im Rückgriff auf existenzphilosophische Theorien entwickelt. Im Mittelpunkt steht dabei die Anerkennung der Freiheit des Anderen, die neben Selbstbestimmung und Verantwortung als Ziel von Partizipation ausgewiesen wird.

In der Medienpädagogik steht damit die wissenschaftlich begründete Gestaltung von institutionellen und methodischen Strukturen im Blick auf die Ermöglichung der Entwicklung einer selbstbestimmten Identität in einer Gemeinschaft im Mittelpunkt.

### 3 Empfohlene Literatur

Arnstein, S. R. (1969). A Ladder of Citizen Participation. *JAIP* (35) 4, 216-224.

Biermann, R.; Fromme, J.; Verständig, D. (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe (2014) . Springer CS: Wiesbaden.

Mayrberger, K.; Moser, H. (Hrsg.): Partizipationschancen im Kulturraum Internet nutzen und gestalten: Das Beispiel Web 2.0. Themenheft der Zeitschrift Medienpädagogik (2011), [<http://medienpaed.com/de/Themenhefte/#21>].

### 4 Literatur

Amann, M.: Stakeholderpartizipation in der Schule: Ein Beitrag zu einer Organisationstheorie der Schule aus mikropolitischen Perspektive. München/Mering 2009

Baacke, D.: Was ist Medienkompetenz? [<http://www.dieterbaackepreis.de/index.php?id=67>] 1999

Biermann, R.; Fromme, J.; Verständig, D.: Partizipative Medienkulturen als Transformation von Beteiligungsmöglichkeiten – Einleitung. In: dies. (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Wiesbaden 2014

Dörre, J.; Bukow, G. Chr.: Die Grenzen geteilten Handelns und neuer parti-

zipativer Demokratieformen. In: Biermann, R.; Fromme, J.; Verständig, D. (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Springer CS: Wiesbaden, S. 89-112, 2014.

Geser, H.: Kakophonie und Selbstorganisation in der digitalen Agora. In: Medienpädagogik, 21  
[<http://medienpaed.com/globalassets/medienpaed/21/geser1205.pdf>] 2012.

Grell, P.; Rau, F.: Partizipationslücke – Social Software in der Hochschul-  
lehre. In: MedienPädagogik  
[[http://www.medienpaed.com/21/grell\\_rau1111.pdf](http://www.medienpaed.com/21/grell_rau1111.pdf)] 2011.

Habermas, J.: Erkenntnis und Interesse. 13. Aufl. Suhrkamp: Frankfurt am  
Main. 2013

Hölterhoff, T.; Schiefner-Rohs, M.: Partizipation durch Peer-Education:  
Selbstbestimmung und Unstetigkeit in schulischen (Medien-)Bildungsprozessen. In: Biermann, R.; Fromme, J.; Verständig, D. (Hrsg.): Partizipative  
Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öf-  
fentlicher Teilhabe. Springer CS: Wiesbaden, S. 283-296. 2014

Jenkins, H.; Clinton, K.; Purushotma, R.; Robison, A. J., Weigel, M.: Con-  
fronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the  
21st Century  
[[https://www.macfound.org/media/article\\_pdfs/JENKINS\\_WHITE\\_PA-  
PER.PDF](https://www.macfound.org/media/article_pdfs/JENKINS_WHITE_PA-<br/>PER.PDF)]. 2006

Mayrberger, K.; Moser, H.): Editorial. In: Partizipationschancen im Kultur-  
raum Internet nutzen und gestalten: Das Beispiel Web 2.0 [<http://medienpaed.com/de/Themenhefte/#21>] 2011

Mayrberger, K.: Partizipatives Lernen mit dem Social Web gestalten. Zum  
Widerspruch einer <verordneten Partizipation>  
[<http://medienpaed.com/21/mayrberger1201.pdf>] 2011

Mayrberger, K. : Partizipative Mediendidaktik. Inwiefern bedarf es im Kon-



text einer partizipativen Medienkultur einer spezifischen Mediendidaktik?  
In: Biermann, R.; Fromme, J.; Verständig, D. (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Springer CS: Wiesbaden, S. 261-282. 2014

Moser, Heinz: Das politische Internet – Möglichkeiten und Grenzen. In: Medienpädagogik, 21  
[<http://medienpaed.com/globalassets/medienpaed/21/moser1111.pdf>] 2011.

Rawls, J.: A Theory of Justice, Cambridge, MA: Harvard University Press 1971

Swertz, C.: Freiheit durch Partizipation. Ein Oxymoron? In: Biermann, R.; Fromme, J.; Verständig, D. (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Springer CS: Wiesbaden, S. 69-88. 2014

This work is licenced under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Austria License. To view a copy of this licence, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/at/> or send a letter to Creative Commons, 171 Second Street, Suite 300, San Francisco, California 94105, USA.